INTERVIEW: DETLEF KUNKEL
30. Juli 2025
Interviewt durch Eva Stassek

Eva Stassek: So, wir sind jetzt bei Detlef Kunkel. Hallo Detlef! Danke, dass du uns trotz derzeitiger gesundheitlicher Einschränkungen von deinem Leben, deiner Arbeit erzählen möchtest. Das ist toll.

Detlef. Was wir von dir gern zuallererst wissen möchten, ist, wie war deine Jugend? Wie bist du aufgewachsen? In welcher Zeit? Wie war dein Elternhaus? Wo bist du aufgewachsen? Wie ist so dein Lebensgefühl in deiner Jugend gewesen?

Detlef Kunkel: Also: geboren bin ich 1952, am 14. April. Ich bin aufgewachsen in Garßen. Das war damals ein Dorf bei Celle das in den 70er Jahren eingemeindet wurde. Ja, das war damals ein Dorf mit ungefähr 1300 Einwohnern. Ich bin das jüngste von insgesamt neun Kindern. Klassisches Elternhaus. Mein Vater war Arbeiter, meine Mutter war Hausfrau. Ich bin in Garßen zur Schule gegangen. Damals sagte man noch Volksschule und habe nach Abschluss der Volksschule eine Lehre auf dem Bau als Maurer gemacht. Den Betrieb gibt es allerdings heute nicht mehr. Der ist jetzt geschlossen worden. War erst kürzlich ein großer Bericht in der Cellischen Zeitung, dass dieser Betrieb nach 70 Jahren in dritter Generation jetzt aufgehört hat zu arbeiten. Es ist die Firma H.R. Wehner gewesen. Da waren sehr viele Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Ich bin dann auch gleich zu Beginn der Lehre in die IG Bau Steine Erden eingetreten und bin relativ schnell dort aktiv geworden. Ich wurde bald zum Jugendleiter der Verwaltungsstelle gewählt und daher schlägt mein Herz immer noch für die Gewerkschaftsjugend und für die Gewerkschaftsbewegung.

Eva Stassek: Wie alt warst du da damals, als du angefangen hast?

Detlef Kunkel: Damals fing die Lehre immer im April an. Ich bin am 14. April geboren und war also 15 Jahre, als ich auf den Bau kam. Es war noch ganz witzig, fast anekdotenhaft: Zu dem Zeitpunkt war es so, dass der 1. April 1968 auf einen Freitag fiel. Da sagte mein Meister beim Einstellungsgespräch: „Am Freitag, da fängt man keine Lehre an, das ist kein gutes Zeichen.“ Und da hab ich gesagt: „Ja, dann fange ich erst Montag, ne?“ Da hat er gesagt: „Nee – schon am Donnerstag“. Ja, da wusste ich, ich muss in die Gewerkschaft gehen. (Lacht)

Na ja, das war eine Sache, die mich wirklich berührt hat. Aber natürlich wäre ich auch ohne diesen Vorfall schon Gewerkschaftsmitglied geworden.

Eva Stassek: Und bist du angesprochen worden auf eine Gewerkschaftszugehörigkeit oder kamst du mit so einer Vorprägung schon hin? „Wenn man im Betrieb ist, dann muss man…“

Detlef Kunkel: Ich bin im Betrieb angesprochen worden. Und, na ja, auch da kann ich eine schöne Geschichte erzählen. Ich habe immer geglaubt, dadurch, dass ich in der Gewerkschaft bin, und die meisten Leute auch gewerkschaftlich organisiert sind, denken die wie ich.

1968 war eines meiner großen mich bewegenden Erlebnisse das Attentat auf Rudi Dutschke. Das hatte sich gleich an dem Karfreitag nach meinem Ausbildungsbeginn abgespielt. Der Vorwurf der Studentenbewegung war: „Bild hat mitgeschossen“[1]. Es gab damals schon die Ostermarschbewegung. Ich bin da das erste Mal auf so einer richtig großen Demonstration anlässlich dieses Vorfalls dann in Hannover mitmarschiert. Das habe ich dann mit Stolz am nächsten Arbeitstag auf der Baustelle erzählt und dachte, das müssen die alle gut finden, das ich dabei war. Aber das fanden

die gar nicht toll, weil sie diese Situation mit der Verhinderung der Auslieferung der Bildzeitung blöd fanden. Das hat mich richtig erschrocken, weil ich dachte, wir machen jetzt hier eine richtig tolle, gute Sache für die Arbeiterbewegung. Aber das kam in der Baubude nicht an, obwohl sie gewerkschaftlich organisiert waren.

Eva Stassek: Wie bist du zu dieser Demo nach Hannover gekommen? Wer hat dich da angesprochen?

Detlef Kunkel: Ich kam aus einem politischen Elternhaus. Meine Mutter ist ganz häufig bei Kundgebungen und Demonstrationen gewesen. Von ihr wusste ich, dass da eine Demonstration ist und bin dann auch hingefahren. Ich S and das wichtig und gut und es hat mich interessiert. Also ich wäre auch ohne diesen Dutschke-Vorfall zu der Ostermarsch-Demonstration in Hannover gefahren. Der Rechtsanwalt Heinrich Hannover, der eine herausragende Persönlichkeit der Linken gewesen ist – hat dort gesprochen.

Meine Teilnahme an der Demo hat – wie gesagt – dann auch dazu geführt, dass meine Kollegen, die älteren Kollegen insbesondere, gesagt haben: „Das ist ja unser Roter“. Also von daher war ich der rote Bruder.

Ich war der einzige Lehrling in der Firma. Die haben immer nur einen Lehrling gehabt und wenn der ausgelernt hat, kam der nächste.

Eva Stassek: Die Bildzeitung war ja schon damals für ihre reaktionäre Berichterstattung bekannt. Und das meintet ihr auch mit: „Bild hat mitgeschossen.“?

Detlef Kunkel: Das war die Losung. Das haben wir gerufen. Also die Demonstranten, die in Hannover um das Pressehaus gingen. Wir wollten ja, die Auslieferung der Bildzeitung verhindern – sie sollten ihre Hetze nicht mehr verbreiten können. „Bild hat mitgeschossen“ machte deutlich: sie haben gehetzt und tragen Mitschuld an dem Attentat.

Und auf dem Bau war es so, obwohl gewerkschaftlich organisiert – wurde die Bild gelesen. Ich gehörte zu den die nie die Bildzeitung gelesen hatten. Ich habe die Hannoversche Presse gelesen, die galt als SPD nah, und das haben die Gesellen natürlich auch beobachtet.

Als einziger Lehrling auf dem Bau mußte ich immer dafür sorgen, dass sie Brötchen bekommen, morgens zum Frühstück in der Baubude. Und dazu gehörte natürlich auch die Bildzeitung. Da hatte ich mich geweigert, die Bildzeitung zu kaufen. Deswegen wurden die richtig sauer und haben gesagt: „Was du willst nicht?“ Und dann auf einmal war ich der Freund Ulbrichts.

Eva Stassek: Ja – So schnell geht das und man hat einen Stempel weg. Wie viel Beschäftigte waren das in der Firma damals? Wenn sie nur einen Auszubildenden hatte?

Detlef Kunkel: Also ja, wir waren zum damaligen Zeitpunkt, glaube ich, 27. Es gab auch mal Zeiten, da waren es mehr Beschäftigte.

Eva Stassek: Wie war die Ausbildung so für dich? Auf dem Bau stelle ich mir das schon ziemlich anstrengend und hart vor.

Detlef Kunkel: Es war hart, aber es hat mir trotzdem gefallen. Hat mir auch Spaß gemacht. Oft habe ich allerdings auch geglaubt: „Naja, der eigentliche Klassengegner ist gar nicht der Meister, sondern sind zum Teil die eigenen Kollegen“, die einen da auch gestrietzt haben. Es ist zum Beispiel so in 1968 bei Beginn der Lehre: Ich durfte als Lehrling nicht rauchen, ich musste aber die Zigaretten für sie kaufen, und einen vernünftigen Haarschnitt haben. Drauf geachtet.

Eva Stassek: Von den Kollegen oder wem?

Detlef Kunkel: Von den Kollegen, nicht von dem Meister. Das waren alles so Sitten, die einen nicht so gut gefallen haben. Und na ja, es war schon so, dass man da auch ganz schön rangenommen wurde. Bei einer Lehre auf dem Bau ist es schon so, dass man da auch ganz schön heftig mit zulangen muss. Das heißt, man muss Steine schleppen. Man steht auch oft an der Mischmaschine. Und man muss natürlich auch dann irgendwann das Mauern lernen. Das war so. Insofern war es ein ambivalentes Verhältnis. Es hat Spaß gemacht. Aber es war auch ein Knochenjob. Und es war nicht immer ein anständiger Umgang mit mir.

Eva Stassek: Ich glaube, das das damals bestimmt viele Auszubildende so getroffen hat. Ja, gerade wenn man dann auch noch der einzige ist und gar keinen zum Solidarisieren hat ist das schwer.

Detlef Kunkel: Also natürlich gibt es unter den Gesellen auch immer solche und solche. Es gab schon welche, bei denen ich Beistand hatte und mit denen ich mich auch mal austauschen oder ausmeckern konnte. An sich war das schon sehr autoritär und disziplinierend dort. Und was man auch wissen muss, zur damaligen Zeit war es so – zumindestens habe ich das so erfahren müssen: ich hätte nie nach Hause kommen dürfen und hätte meinem Vater oder meinen Eltern sagen können: „Ich hab da keine Lust zu oder ich bin schmeiß hin, ich will diesen Job nicht“. Das hätte es nicht gegeben. Da habe ich angefangen – das muss ich auch zu Ende bringen. Das war die Devise und habe ich auch gemacht.

Ich habe dann nach der Lehre im Übrigen auch noch zwei Jahre weiter als Geselle gearbeitet, war aber in der Zeit schon in der Gewerkschaftsjugend aktiv. Über den Weg habe ich die DGB Bundesjugendschule in Oberursel kennengelernt. Es so, dass dort gute Referenten und gute Pädagogen waren. Unter anderem auch Leute von der Universität Marburg, also ein studentischer Vertreter. Und die haben mir dann irgendwann gesagt, eigentlich sei es doch viel zu schade, dass ich da den ganzen Tag auf dem Bau rumlaufe. Ob ich nicht Interesse hätte, etwas anderes zu machen. Und man könnte auch ohne Abitur versuchen, ein Studium zu machen über eine Aufnahmeprüfung. Und man hat mir von der HWP[2] – der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg erzählt und das habe ich dann auch irgendwann gemacht.

Das ging über diese Aufnahmeprüfung, also über eine Immaturenprüfung. Da musste ich mich allerdings drauf vorbereiten, weil ich das sonst wahrscheinlich nicht geschafft hätte. Deswegen bin ich nach Hustedt bei Celle in die Heimvolkshochschule gegangen und habe dort den sechs Wochen Kurs und dann den Aufbaukurs, der fünf Monate gedauert hat, absolviert. Das war im Grunde genommen internatsmäßig. Deswegen Heimvolkshochschule. Und als ich das durch hatte, habe ich dann die Aufnahmeprüfung an der HWP gemacht und die habe ich gut bestanden. Ich konnte dann schon 1974 in Hamburg an der Hochschule für Wirtschaft und Politik ein Studium aufnehmen.

Eva Stassek: Ich habe noch eine Frage zu deinen materiellen Verhältnissen. Du sagst, du kommst aus einer Familie mit vielen Kindern. Das war ja sowieso auch zu einer Zeit, wo man nicht so sehr viel verdient hat. Ihr habt in der Provinz gewohnt, ohne dir jetzt zu nahe treten zu wollen. Dein Vater Arbeiter, deine Mutter Hausfrau. Da saß das Geld ja sicher nicht locker. Und ich nehme an, dass du auch als Maurer-Auszubildender und selbst als Geselle auch nicht so furchtbar viel verdient hast. Kannst du dich noch erinnern, wie die Einkommensverhältnisse waren und wie sich das

auf dein Zuhause niederschlug? Du hast ja bestimmt auch lange zu Hause gewohnt. Zu der Zeit zog man ja nicht in eine eigene Wohnung.

Detlef Kunkel: Das Geld war bei meinen Eltern immer knapp. Mein Vater war Arbeiter bei den Stadtwerken, meine Mutter war zuhause. Und dann gab es Transferzahlungen wie Kindergeld. Ich weiß aber nicht, in welcher Höhe. Aber es ist so gewesen, dass es bei uns schon ärmlich zuging.

Eva Stassek: Du hast doch bestimmt auch zu Hause von deinem Lehrgeld abgeliefert.

Detlef Kunkel: Nein, als Auszubildender nicht und als Schüler auch nicht – da hatte ich ja sowieso kein Geld. Aber wir hatten immer genug zu essen und mussten nicht hungern. Ich war das jüngste von insgesamt neun Kindern. Ich habe natürlich ganz andere Zeiten erlebt als meine älteren Geschwister. Das habe ich auch oft innerhalb der eigenen Familie zu hören bekommen und inzwischen leben nicht mehr alle. Aber wenn wir im übrig gebliebenen Kreis reden, über unsere Eltern, über das, was wir gemeinsam erlebt haben. Dann heißt es oft bei meinen noch lebenden Geschwistern: kannst du gar nichts zu sagen, du warst ja immer das Nesthäkchen, das hast du gar nicht so erlebt oder erleben können.

Eva Stassek: Nachkriegskind, 1952 bist du geboren. Da ging es ja schon ein Stück bergauf. Die ganz harten Zeiten waren vorher. Du sagst, du hast die Heimvolkshochschule besucht, um dich vorzubereiten auf die Uni. Wie war das da denn mit der Finanzierung? Da konntest du nicht arbeiten. Wer hat das finanziert? Oder hast du Nachtschichten gemacht?

Detlef Kunkel: Nein, ich habe keine Nachtschichten gemacht. Ich hatte mein Arbeitsverhältnis bei der Firma Wehner, wo ich gelernt habe, unterbrochen und habe während der Zeit keinen Lohn bekommen. Aber es gab die Möglichkeit, BAföG[3] zu beziehen und das habe ich auch bekommen. Mein Vater hatte nicht so viel verdient, aber allerdings schon ein bisschen zu viel, um den vollen Bafög-Satz zu bekommen. Also ich musste da noch ein bisschen Geld mitbringen. Das war aber nicht so ganz viel. Es war finanzierbar und ich hatte in Hustedt das Essen und Trinken drin. Ich hatte auch noch so viel Geld, dass ich mir auch eine Cola oder ein Bier kaufen konnte. Und das 3/4 Jahr habe ich schon gut durchhalten können.

Danach bin ich zwei Monate ohne Arbeit gewesen und bin dann während der Zeit aber nach Oberursel in die Bundesjugendschule des DGB. Da habe ich einen längeren Lehrgang zu Gesellschaftlichen Zusammenhängen, zu Sozialem und Ökonomie gemacht. Es war sehr gut und ich bin dann schon angesprochen worden von der IG Bau und zwar von einem der Geschäftsführer und von dem Bezirksleiter. Die fragten mich, ob ich nicht Lust hätte, bei der IG Bau anzufangen. Darüber habe ich mich sehr gefreut. In der Zeit zwischen Februar 1974 und April 1975 für die IG Bau gearbeitet. Das war eine Tätigkeit zur Mitgliederwerbung. Ich bin da in Niedersachsen von Baustelle zu Baustelle gefahren und habe Mitglieder geworben. Ja, Ich kam vom Bau. Ich war redegewandt und konnte das. Ich hab geguckt – ach, da war ein Kran. Dann bin ich da hin zur Baustelle. Meistens war es so, dass ich während des Frühstücks und er Mittagspause hinkam. Und dazwischen habe ich dann meistens auch noch ein oder zwei Arbeiter gesprochen. Das konnte man sich dann auch so organisieren. Es gab Poliere die die Vorarbeiter auf dem Bau waren. Die haben gesagt: „Nee, musste in der Mittagspause oder zum Frühstück kommen.“ Es gab aber auch welche, die gesagt haben: „Wir haben lange keine Betriebsversammlung gehabt, du kannst auch während der Arbeitszeit kommen.“ Es war so, dass ich den ganzen Tag was zu tun hatte. Im Tiefbau habe ich die technischen Arbeitspausen genutzt die Leute anzusprechen.

Und am Abend habe ich dann diejenigen angesprochen, die ich auf der Baustelle schon kennengelernt hatte, die aber gesagt haben, müssen sie es sich überlegen mit der Mitgliedschaft. Oder bei den Auszubildenden: die das erst mit den Eltern bereden wollten.

Und dann habe ich auch Hauswerbung gemacht. Da gab es nur ein Gebot: Bis 20:00 Uhr geht‘s. Wenn die Tagesschau anfängt, musste weg sein. Und da war der Tag schon gefüllt und ausgelastet. Das hat mir auch Spaß gemacht.

Eva Stassek: War das schwierig oder hatten die Leute so einen Druck, dass sie gesagt haben: „Jawoll, wir brauchen eine Gewerkschaft“?

Detlef Kunkel: Ich habe viele Mitglieder geworben und das war immer auch eine Stärke von mir, dass ich sie überzeugen konnte. Ich hatte einen sicheren Auftritt und ich habe sie auch nicht bedrängt. Es waren immer viele Aufnahmen. Im Übrigen auch während des Studiums. Während der Semesterzeit habe ich in mehreren IG Bau Verwaltungsstellen gearbeitet, häufig in der Verwaltungsstelle Osnabrück, aber auch in Goslar. Und das war immer so, dass ich während der Semesterferien dann meine 50, manchmal auch sogar 70 Neuaufnahmen gemacht habe für die IG Bau. Das ist nicht so ganz leicht. Von der IG Bau habe ich dann pro Tag für diese Arbeit einen gewissen Betrag bekommen und dafür habe ich dann die Beitritte abgeliefert – das war okay. Sie waren zu dünn besetzt um solche Aktionen Wochen lang zu machen. Das war alles, hat mir auch Spaß gemacht und mich auch inhaltlich vorangebracht. Und ja, es gab auch mal Situationen, wo es schwer war zu argumentieren und es mir nicht gelungen ist den Menschen zu überzeugen. Aber, aber in der Regel hat das ganz gut geklappt.

Eva Stassek: Okay, und dann hast du dein Studium angefangen.

Detlef Kunkel: Dann habe ich in Hamburg angefangen. Soziologie. Also ich habe den Abschluss Diplomsozialwirt. Weil ich nicht genau wusste, was wird nun, nachdem das Studium zu Ende war, habe ich mich vorsorglich noch an der Uni immatrikuliert. Bin dann aber doch angesprochen worden von Hasso Düvel. Ich habe ihn Kennengelernt als Bezirksjugendsekretär der IG Metall in Niedersachsen – damals noch ohne Zuständigkeit für Sachsen Anhalt – das kam erst in den 90ern. Später wurde er der Handwerkssekretär für die Metallhandwerke.

Hasso kannte ich über die die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Kann ich vielleicht auch noch zwei Sätze zu der DGB Jugendarbeit sagen. Hasso war also in den späten 70ern, Anfang der 80er der damalige Bezirksjugendsekretär der IG Metall. Ich war Jugendleiter auf Bezirksebene von der IG Bau und wir kannten uns aus dem Landesbezirksjugendausschuss des DGB. Und der sprach mich dann an, ob ich nicht zur IG Metall kommen wollte. Der wusste, das ich bei der IG Bau Engagement gezeigt habe und er stand selbst auch vor dem Wechsel in die Bezirks-Handwerksarbeit bei der IG Metall.

Er war der Auffassung, Die IG Metall braucht jemanden, der mit Handwerkern gut reden kann, mit Beschäftigten in Kleinstbetrieben und der dort hilft Betriebsräte aufzubauen. Das hat er bei mir gesehen und das hat mich natürlich dann auch geehrt.

Bei der IG Bau war es nicht sicher, ob ich da anfangen konnte. Das war noch im Gespräch. Insgesamt gab es diese Stamokap-Diskussion und da hat es bei der IG Bau, die ja immer eher eine konservative Gewerkschaft war, Vorbehalte bei einigen gegeben. Da hat man gesagt na ja, du kannst vielleicht bei uns anfangen, aber vielleicht musst du nach Bayern oder so. Aber eigentlich hat man mir gesagt: Wenn die IG Metall dich will – geh hin.

Eva Stassek: Was für eine Diskussion gab es?

Detlef Kunkel: Stamokap, Staatsmonopolistischer Kapitalismus. Das war aber immer die Umschreibung: Es sind Kommunisten.

Eva Stassek: Okay, nun gut. Und dann konntest du bei der IG Metall beginnen und warst in der Bezirksleitung fest angestellt.

Detlef Kunkel: Ja, fest angestellt als Projektsekretär. Ich hatte die Aufgabe, in mehreren Verwaltungsstellen Kleinbetriebe aufzusuchen, sie zu organisieren und auch nach Möglichkeit zu helfen, dass da Betriebsräte gewählt werden. Das habe ich gemacht bis 1985.

Eva Stassek: Warst du damals auch schon in Braunschweig?

Detlef Kunkel: Nein, in Braunschweig war ich nicht. Ich war auch nicht in Hannover. Ich war nicht in den großen Verwaltungsstellen, sondern ich bin in Göttingen, in Lüneburg und in meiner Heimatverwaltungsstelle in Celle gewesen. Das waren immer so Kurzeinsätze, so ein halbes Jahr. Ich bin auch in Stadthagen gewesen. Dort bin ich geblieben. Nach insgesamt zwei Jahren von Verwaltungsstelle zu Verwaltungsstelle war das bei mir vorbei.

Das war das Jahr 1980. Da hatte sich dann auch privat was verändert. Unsere Tochter hat sich angemeldet und da wollte ich auch nicht mehr durchs Land ziehen, sondern hab mal geguckt, wo man auch sesshaft werden kann. Und das bin ich dann in Stadthagen geworden. Es hätte auch andere Möglichkeiten gegeben. Aber Stadthagen war eine Verwaltungsstelle, wo ich erkennen konnte, naja, da hast du die Perspektive, auch Geschäftsführer und Bevollmächtigter zu werden. Das hing mit dem Alter des damaligen Bevollmächtigten zusammen. Ich war da allerdings auch erst noch Sekretär für Jugend und Handwerk. Und als dann mein Kollege Helmut Weber in den Ruhestand ging, wurde ich zum Bevollmächtigten und Geschäftsführer der Verwaltungsstelle in Stadthagen gewählt.

So, du hattest vorhin noch nach den Verdiensten gefragt.

Das kann ich dir heute noch sagen. Als Auszubildender bekam ich 110 Mark. Und dann habe ich mal nachgerechnet oder nachgeguckt. Und stellte fest, dass ich 30 oder 40 Mark mehr bekommen müsste. Und das habe ich dann natürlich meinem Chef auch gesagt, meinem Meister. Das wollte der erst mal nicht glauben. Aber es war in der Tat so!

Eva Stassek: Wie hast du das festgestellt? Gab es ein Tarif-Flugblatt?

Detlef Kunkel: Ich bin mir nicht mehr ganz sicher. Ich war im Gewerkschaftshaus, da habe ich einen Tarifvertrag bekommen und gesehen das ich in meinem Lehrjahr schon mehr bekommen müsste. Dann bin ich natürlich auch tätig geworden. Die Klassenkameraden in der Berufsschule habe ich auch angesprochen und informiert. Die kriegten nämlich alle zu wenig – und dann haben wir durchgesetzt, dass wir alle die Tarif-Ausbildungsvergütung bekamen. Es waren auf jeden Fall so 30 Mark mehr pro Monat.

So, und das hat natürlich auch dazu geführt, dass ich mit den anderen Azubis aus meiner Berufsschulklasse dann reihenweise ins Gewerkschaftshaus gegangen bin und gesagt habe: „Wenn ihr den Tarif beansprucht müsst ihr auch eintreten.“ Und dann sind die auch eingetreten. Das war auch ein schöner Erfolg.

Eva Stassek: Das ist ja auch gleich mal ein praktisches Beispiel, wofür so eine Gewerkschaft nützt. Nämlich, dass man etwas in der Hand hat, worauf man sich dann auch verlassen kann. Und die Arbeitgeber dran gebunden sind, das zu bezahlen. Und das war ja richtig viel Geld für euch damals.

Detlef Kunkel: Ja, genau. Der Tariflohn eines Maurers – das vergesse ich nie. Der war, als ich anfing, 4,62 DM. Als ich auslernte und Geselle war, habe ich durchsetzen können, dass ich 7,50 DM bekam. Das war innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums doch ganz erheblich gestiegen. Man muss sich erinnern: 1968 war auch eine Zeit, wo bei den Löhnen nicht so viel passierte. Es gab dann 1969 die sogenannten wilden Streiks[4] in verschiedensten Betrieben der Metallindustrie, bei Stahl, Hoesch, aber auch bei Stadtwerken etc… weil es bedingt durch die Krise ‚66/‘67 eine Lohnpolitik der Gewerkschaften gab, die eher restriktiv war. Wo man sich langfristiger in den Tarifverträgen gebunden hat, aber auch mit geringeren Abschlüssen. Das stank den Leuten.

Das hat sich dann allerdings geändert. Schon in der Zeit dann 1973, als ich dann Geselle wurde, konnte man mehr durchsetzen und ‚75, hatten wir eigentlich schon einen ganz guten Lohn.

Eva Stassek: Das war eine sehr bewegte Zeit damals. Und du mitten drin.

Aber zurück zu deiner Arbeit als Gewerkschaftssekretär in der Geschäftsstelle Stadthagen. Wann bist du dort Bevollmächtigter geworden?

Detlef Kunkel: Ich bin im Oktober 1985 gewählt worden. Und mein Vorgänger Helmut Weber, ein sehr anständiger Kollege und gutmeinender Gewerkschafter, der mich auch unterstützt hat. Er ist im Dezember in den Ruhestand gegangen und ich habe die Funktion dann am 1. Dezember 1985 übernommen und bin in Stadthagen geblieben. Bis 2004.

Eva Stassek: Stadthagen war ja eine kleine Geschäftsstelle. Wie viele Mitglieder hattet ihr?

Detlef Kunkel: Wir hatten am Ende rund 5200 Mitglieder. Wir hatten aber auch mal eine Zeit, wo wir bei 3500 waren. Stadthagen war eine Verwaltungsstelle, die sehr mobilisierungsfähig war. Das war allerdings auch keine Selbstverständlichkeit, sondern da musste man richtig was für tun. Wir hatten industriell geprägte Strukturen. Wir hatten Großbetriebe in Stadthagen, wie die Firma RHW, später FAURECIA, Autositzhersteller mit in der Spitze fast 2000 Beschäftigten. Wir hatten die Firma Otis, ein Fahrtreppen Werk mit auch ungefähr 600 bis 800 Beschäftigten und wir hatten die Firma Alcatel Kabel Metall Elektro in der Spitze auch mal mit 800 Beschäftigten. Die Unternehmen sind uns aber alle weggebrochen im Laufe der Zeit.

Ich sagte schon, dass diese Betriebe alle sehr stark mobilisierungsfähig waren. Wir haben die Tarifbewegung der IG Metall 1981, die unter dem Motto „Neue Beweglichkeit“ lief – und das hieß, dass man mit kurzfristigen Warnstreiks versucht, Druck auf die Arbeitgeber und somit auf die Verhandlungen auszuüben, sehr gut hinbekommen. Damit wollten wir zu guten und schnellen Tarifabschlüssen kommen ohne in eine Urabstimmung zu gehen.

Wir haben immer die größeren Betriebe einbezogen. Es gab darüber hinaus auch noch andere Firmen wie: Lühr, Nordmeyer, zwei Betriebe die zum Kettler Konzern gehörten, die alle auch mobilisierungsfähig waren. Die hatten nicht das Ausmaß von Otis und FAURECIA, aber die wurden mitgezogen und die waren genauso bereit zu Warnstreiks. Wir haben die Warnstreiks dann irgendwann auch ausgeweitet. Anfänglich haben wir auch mit einer Stunde oder einer verlängerten Frühstückspause begonnen. In laufe der Jahre wurden daraus ganztägige Warnstreiks in allen 3 Schichten

und das hat uns ja wirklich stark nach nach vorne gebracht. Allerdings sind wir dann in Stadthagen in eine richtige große Strukturkrise gekommen, die großen Betriebe wurden schlossen.

Eva Stassek: Viele wegen Auslagerung ihrer Fertigung ins Ausland. Das war die Zeit dieser Bewegung in der Metallindustrie, wo man meinte, dass man irgendwo im europäischen Umfeld oder auch in Asien alles viel billiger und kostengünstiger kriegen kann und sich vor allem die Löhne und die Gewerkschaften, die Mitbestimmung der Betriebsräte hier sparen kann.

Detlef Kunkel: So ist es gewesen. Und als letzter Betrieb ist jetzt die Firma FAURECIA aus Stadthagen weggegangen. Da ist noch eine Restfertigung, ich glaube von ungefähr 100 Leuten, aber selbst das ganze Immobilienvermögen oder so weiter ist alles schon verkauft worden.

Eva Stassek: Du hast viele Auseinandersetzungen gemeinsam mit deinen Kolleginnen und Kollegen für Löhne, Arbeitsplätze, Eingruppierung usw. geführt. Eine davon war eine sehr große Auseinandersetzung, die auch bundesweit viel Aufmerksamkeit erzeugt hat, das war die bei Otis zu Beginn der 2000 Jahre. Ihr habt um einen Tarifvertrag gekämpft als das Unternehmen beabsichtigte zu verlagern. Darüber hast du auch in Braunschweig berichtet, über euren Kampf – auf unserer Delegiertenversammlung und bei Volkswagen auf einer Betriebsversammlung. Wie ist die Situation, warum kämpft ihr um einen Tarifvertrag. Das lag ja erst mal vielleicht nicht ganz so auf der Hand für jeden Beschäftigten. War aber sehr notwendig, weil man mit einem Sozialplan die Forderungen gar nicht abbilden konnte und vor allem nicht streikfähig war. Schilder du doch mal warum ihr das gemacht habt.

Detlef Kunkel: Ja, das war eine sehr herausragende und auch eine schwere Aufgabe, von der ich aber auch glaube, dass sie sehr notwendig war. Ich will auch mit ein paar Sätzen versuchen zu erklären, warum wir das Instrument des Streiks eingesetzt haben.

Ich hatte von den Betriebsschließungen gesprochen, Alcatel Werk zum Beispiel in Stadthagen. Und wir haben das mehrfach erlebt, dass wir im Grunde genommen nichts zu melden hatten, wenn ein Betrieb geschlossen wurde. Dann haben wir verhandelt Betriebsrat, IG Metall mit dem Unternehmen. Wir Arbeitnehmervertreter haben uns sehr bemüht, einen guten Sozialplan hinzubekommen. Die Arbeitgeber haben zumeist irgendwann gemauert – und im ungünstigsten Fall hat es dann irgendwann eine Schlichtungsstelle[5] gegeben. Und dann wurde dort von dem Schlichtungsstellenvorsitzenden – der meistens ein Arbeitsrichter war – entschieden so und so viel Abfindung, aber über die Rettung des Betriebes oder über die Höhe konnten wir nicht mitentscheiden. Das hat dann im Grunde genommen diese Schlichtungsstelle gemacht. Die Argumentation und Sichtweise des Schlichtungsstellen-Vorsitzenden hat dann den Konflikt beendet.

Und das hatten wir nicht länger so hinnehmen wollen. Unsere Auffassung war: Wir müssen gucken, dass wir unsere eigene Kraft dort einbringen. Wir haben dann gesagt, wir machen es so, dass wir Tarifforderungen stellen, die im Tarifvertrag nicht geregelt sind. Das war einmal ein Qualifizierungszuschlag, und das waren die Kündigungszeiten, die müssen wir als Forderung stellen. Dann haben wir ein Instrument in der Hand, für das wir mobilisieren können, obwohl wir eigentlich durch den Tarifvertrag in der Friedenspflicht waren.

Und deshalb nicht streiken durften. Aber so ging es – das stand ja nicht drin und deshalb waren wir frei.

Deswegen hat Otis mit Unterstützung des Arbeitgeberverbandes aber auch gegen uns geklagt. Man hat versucht, durch eine Einstweilige Verfügung unseren Streik zu unterbinden. Sie wollten, dass der abgesagt wird, dass er für rechtswidrig erklärt wird. Da konnten die Arbeitgeber sich aber nicht durchsetzen. Wir haben die Auseinandersetzung bis zum Bundesarbeitsgericht hin gewonnen.

Eva Stassek: Und das langfristige Ziel war aber sicher auch, es der Unternehmensleitung so schwer zu machen, dass sie sich vielleicht die Verlagerung noch mal überlegen?

Detlef Kunkel: Eva – das darf man so nicht sagen. Und wenn man das gesagt hätte, wäre es tarifwidrig gewesen. Wir mussten es schon an den beiden Punkten, die ich gesagt habe, Qualifikation und Kündigungsfristen, festmachen. Und natürlich ist es aber so, dass die Kollegen, die man in so einen Streik mit einbezieht, eine andere Erwartung haben und auch die öffentliche Meinung eine andere Richtung bekommt. Bei dem OTIS Streik hatten wir die Sympathie in der Bevölkerung und wir hatten vor allen Dingen auch die Kollegen hinter uns. Aber mit jedem Tag mehr, den wir gestreikt haben, wuchs da auch die Hoffnung: „Da ist mehr drin. Wir müssen diesen Betrieb retten." Es geht, nicht nur um den schnöden Mammon, sondern es geht um mehr. Aber das war auch dieser Spagat, den man immer hatte. Man, man durfte es gar nicht so sagen. Auch in Reden vor der Belegschaft oder in der Öffentlichkeit musste man das ganz vorsichtig formulieren.

Die Erwartungshaltung war hoch. Und das ist dann auch das Problem, nachher das Streikergebnis, was immer ein Kompromiss ist, erklären zu können. Und Verständnis sowie Zustimmung für diesen Kompromiss, den man dann erzielt, zu bekommen. Das ist auch schwierig. Macht auch nicht nur Freude.

Wir haben diesen Otis-Streik gut dokumentiert. Es gibt immer noch ein sehr, sehr schönes Video darüber. Der gesamte Streik wurde aufgenommen und es gibt auch ein kleines Heft, wo man alles auch noch mal nachlesen und Fotos und Dokumente betrachten kann.

Eva Stassek: Wie lange habt ihr gestreikt?

Detlef Kunkel: Ich meine, es waren vier Wochen.

Eva Stassek: Also ich weiß, dass der ganze IG Metall-Bezirk einbezogen war und und viele Kolleginnen und Kollegen auch zur Unterstützung zu euch gekommen sind. Mitorganisiert und geholfen haben, dir den Rücken frei zu halten. Und für die Kolleginnen und Kollegen rund um den Streik so einiges bereitzustellen – von der Beschallungstechnik, über Verpflegung, Registrierung der Streikenden, über Musik und Kulturprogramm, Reihenfolge der Solidaritätsdelegationen bis hin zum Toilettenwagen. Viel Unterstützung ist auch nötig, weil man das ja als kleine Geschäftsstelle sowieso gar nicht selber schaffen kann. Aber mit einer starken Solidargemeinschaft wie der IG Metall im Rücken läuft das. So vielleicht noch zum Abschluss. Otis ist dann doch verlagert worden. Aber ich glaube, ihr habt die Verlagerung herausgezögert?

Detlef Kunkel: Nicht viel, nicht lange. Das Werk wurde im gleichen Jahr noch geschlossen. Der Streik war Mitte des Jahres und zum Ende des Jahres wurde die Produktion eingestellt. Was im Übrigen auch auffällig war: Otis hat sofort das Firmen-Schild abgebaut. Wenn man mit dem Zug unterwegs war, fuhr man immer am Otis Werk vorbei und da stand in großen Buchstaben „Otis". Schon vier Wochen später – nach dem Abschlus des Tarifvertrages – war das Schild weg. Die wollten nichts mehr damit zu tun haben. Inzwischen die Immobilie auch verkauft. Es war ihnen unangenehm und peinlich.

Die Fertigung wurde nach Tschechien verlagert. Und was richtig blöde war: wir hatten drei Jahre vorher noch einen Tarifvertrag gemacht, in dem eine Mindestbeschäftigtenzahl festgeschrieben wurde. Es gab zwei Intervalle mit Personalabbau und dann die Untergrenze für den Personalbestand. Der Tarifvertrag wurde nicht eingehalten und man hat einfach gesagt, wir müssen jetzt schließen und fertig.

Eva Stassek: Hat sich das Kapital mal wieder durchgesetzt. Trotz Kampf. Obwohl ihr auch noch für die Kollegen was rausgeholt habt an Qualifizierungszeit und Kündigungsfristen usw.. Im Endergebnis wurden die Arbeitsplätze vernichtet.

Detlef Kunkel: Ja, sie haben sich wieder durchgesetzt. Das ist das eine. Das andere ist aber, dass sie sogar die Frechheit hatten, obwohl sie sich rechtswidrig verhalten haben, sich nicht an einen bestehenden Tarifvertrag zu halten – Anträge auf Unterlassung des Streiks zu stellen. Sie argumentierten wir würden damit ihre Absichten der Schließung unterlaufen wollen. Denn das, was wir als Forderung aufgestellt hatten, wäre viel teurer als die Betriebsschließung selbst. Hirnrissig diese Argumentation. Zum Glück sind sie vor Gericht schon im einstweiligen Verfügungsverfahren damit gescheitert.

Eva Stassek: Ja, solche Erfahrungen die Beschäftigte und wir Gewerkschaften als ihr Interessenverband ja leider zu häufig machen müssen, sprechen sehr dafür, dass wir mehr Demokratie in der Wirtschaft6 brauchen. Mehr Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen. Das eben nicht einfach in irgendwelchen Unternehmenszentralen Beschlüsse gefasst werden können über die Köpfe der Beschäftigten hinweg.

Detlef, deine Stadthagener Zeit haben wir jetzt mit diesem herausragenden Ereignis bei Otis beleuchtet. So, und dann bist du in 2004 – im Herbst – zu uns nach Braunschweig gekommen. In dem Jahr waren Organisationwahlen und unser damaliger Erster Bevollmächtigter, Udo Klitzke, ging im Frühjahr 2004 in den Ruhestand. Wir wählten einen neuen Bevollmächtigten. Und der hieß Olivier Höbel. Er war bereits einige Jahre bei uns der Zweiter Bevollmächtigte. Er hatte davor bei der Bezirksleitung in Hannover gearbeitet, kam aber aus Braunschweig, hatte gute Beziehungen in Braunschweig – kannte sich gut aus. Wir schätzten ihn sehr, waren sehr froh, dass wir ihn gewonnen hatten, als Erster Bevollmächtigten . Er hatte eine hohe Zustimmung für seine Wahl in das Amt des Erster Bevollmächtigten. Im Zuge dieser Wahlen wurde ich Zweiter Bevollmächtigte. Das war noch vor Ostern. Und dann ergab sich aber kurzfristig eine Situation die unsere Konstellation durchkreuzte: dass nämlich der Bezirk Berlin-Brandenburg einen Bezirksleiter suchte und Olivier Höbel gefragt wurde das zu machen, schon drei Monate nach unserer Wahl. Also er wurde „abgeworben“ und wechselte dort an die Spitze des Bezirkes, wo er auch dringend gebraucht wurde.

So, aber wir standen nun ohne Erster Bevollmächtigten da. Ich war sehr frisch im Amt der Zweite Bevollmächtigte und wir hatten uns im Ortsvorstand darauf verständigt: Wir gucken und suchen einen Bevollmächtigten, der möglichst viel Erfahrung mitbringt. Mindestens Erfahrung in der Bezirksleitung, besser noch jemand, der Verwaltungsstellenerfahrung hat.

Und dann haben wir relativ schnell an dich gedacht. Aber du warst in deiner Geschäftsstelle in einer sehr schwierigen Situation, weil der Arbeitskampf bei Otis noch gar nicht beendet war. Unsere Frage ob du dir das in Braunschweig vorstellen könntest hat dich ereilt, aber auch in eine schwierige Situation gebracht. Erzähl mal!

Detlef Kunkel: Ja, ich weiß, es war eine für mich schwierige Situation, weil wir noch in der Auseinandersetzung in dem Otis Streik waren. Und ich wurde von euch angesprochen worden, ob ich nicht Interesse hätte, in Braunschweig Bevollmächtigter zu werden. Natürlich hatte ich Interesse. Das war für mich ein Anreiz, nach Braunschweig zu gehen, weil ich lange genug in Stadthagen war und Braunschweig – als deutlich größere Geschäftsstelle – währe für mich natürlich eine interessante Herausforderung gewesen. Ich hatte allerdings gleich gesagt, dass ich das weder entscheiden noch zusagen kann, bevor wir den Streik bei Otis vernünftig und erfolgreich zu Ende gebracht haben. Habe aber mein grundsätzliches Interesse bekundet.

Das ist in Stadthagen von und bei dem einen oder anderen, ich sage mal ganz bewusst Böswilligen, später dann ganz anders dargestellt worden. Denn zu dem Zeitpunkt der Anfrage wusste es ja gar keiner. Die Neuwahl in Braunschweig

wurde für September angesetzt. Da war dann der Arbeitskampf bei Otis vorbei. Ich stellte mich zur Wahl in Braunschweig und wurde mit einem sehr guten Stimmenergebniss Erster Bevollmächtigter.

Eva Stassek: Ja, das war tatsächlich eine schwierige Situation für dich. Wir waren aber sehr froh, dass du später nach Braunschweig gekommen bist.

Braunschweig ist natürlich eine deutlich größere Geschäftsstelle als Stadthagen. Mit großen Konzernen-Betrieben. Hier ist ein Volkswagenwerk mit 8000 Beschäftigten, Siemens mit damals ca. 3500 Beschäftigten und auch einer Volkswagen Financial Service, also Bank, Leasing usw. Da hängen ja noch mehrere Unternehmen dran, die in der VW Financial Service AG drin waren – mit ca 7000 Beschäftigten. Die hatten aber auch ihre eigenen Themen.

Ein Thema, das auch relativ schnell nachdem du da warst sehr haarig wurde, war, dass Volkswagen sich überlegt hat, wir könnten ja diese Volkswagen Financial Service verkaufen. Das hatte absolute Priorität in der Sicherung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten – denn ein rauslösen aus dem VW-Verbund und der Koppelung an die VW-Tarifverträge der hätte enorme Nachteile für die Beschäftigten mit sich gebracht. Das galt es zu verhindern. Was erinnerst du da an diese Situation?

Detlef Kunkel: Ja, mein Wechjsel in Braunschweig war für mich eine hochinteressante und gleichzeitig herausfordernde Angelegenheit. Ich hatte es plötzlich mit noch größeren Betrieben als bisher zu tun und vor allen Dingen mit einem Betrieb, der so gar nicht in meine Gewohnheit und Struktur passte, nämlich die VW Financial Services.

Im technisch-gewerblichen Bereich, da wusste ich, wie man mit den Menschen sprechen und umgehen kann. Bei einer Bank war das erst mal anders. Ganz viele Beschäftigte dort denken in ihren Jobs sehr betriebswirtschaftlich und haben deshalb auch viel Verständnis für das Vorgehen und für Entscheidungen des Unternehmens, des Vorstands.

Aber wenn man sie bei Themen sensibilisiert, die man problematisieren kann, weil sie wirklich schlimme Auswirkungen für die Arbeitnehmer haben, ist eine Mobilisierung zwar schwierig, aber möglich.

Das war der Fall bei der Absicht von Volkswagen die Financial Services zu verkaufen. Aus welchen Gründen auch immer das angestrebt wurde. Man wollte möglicherweise über den Verkauf Liquidität erhöhen. Ansonsten ist mir nie richtig verständlich gemacht worden, warum es inhaltliche Gründe gibt, ein erfolgreiches Unternehmen, mit guten Erträgen, verkaufen zu wollen.

Wir – der Betriebsrat der VW Financial Services in Zusammenarbeit mit uns IG Metall – wollten uns nicht gefallen lassen, dass man über unsere Köpfe hinweg entscheidet, dass die Financial Services verkauft wird. Wir sind deshalb dann kurzerhand in die Mobilisierung gegangen und haben die Kolleginnen und Kollegen in die Auseinandersetzung einbezogen. Das haben wir zum Beispiel, auf einer großen Kundgebung auf der Straße zwischen einem der Financial Services Gebäude und dem VW Werk gemacht und dort öffentlich berichtet, was das Unternehmen vorhat und wie man sich dagegen wehren kann. Das hat dann dazu geführt, das es am nächsten Tag in der Braunschweiger Zeitung einen großen Artikel immer diese Absicht des Unternehmens und unsere Gegenwehr und Forderungen gab. Ob es die Kundgebung allein war, das weiß ich nicht – jedenfalls machte die Zeitung darauf aufmerksam, dass hier die Financial Services verkauft werden soll, und dass das zu großem Protest bei den Beschäftigten führte. Der Zeitungsartikel war sehr wichtig, weil er das Problem öffentlich gemacht hat und dass es am Ende zu keinem Verkauf kam.

Eva Stassek: Du hast das jetzt nur kurz geschildert, da steckte aber viel Arbeit drin. Da musste an allen möglichen Stellen von uns viele, viele Gespräche geführt werden, Argumentationen erfolgen, strategische Überlegungen zum Vorgehen besprochen, festgelegt, umgesetzt und Druck ausgeübt werden.

Und nicht zuletzt musste die Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretern bei Volkswagen ständig erfolgen – denn da hätte im Aufsichtsrat der Verkauf beschlossen werden müssen – den wir ja nicht wollten. Da hat die Zusammenarbeit gut funktioniert. Das ist wichtig und das ist euch gut gelungen damals. Letztendlich wart ihr erfolgreich.

So eine andere Sache, für die du dann gleich mal zuständig warst und die hier eine große Rolle spielte, war, dass die Firma Flammenfilter – die Sicherheitstechnik herstellen, der Meinung war nicht mehr im Arbeitgeber-Verband sein zu wollen. Sie wollten den Metallindustrie-Tarif nicht mehr anwenden. Flammenfilter ist ein Mittelständisches Unternehmen mit mit rund 300 Beschäftigten. Sie fertigen Rückschlagverhinderungsanlagen und Aggregate für die Erdölindustrie. Und da hat du ja direkt nach deiner Wahl hier mit den Kolleginnen und Kollegen dort gehandelt. Wie war das?

Detlef Kunkel: Ja, ich kann mich dran erinnern. Flammenfilter war ein mittelständisches und wie ich fand auch sehr modernes Unternehmen. Ein Unternehmen, das eigentlich auch ein gutes Verhältnis zu den Beschäftigten hatte und es sehr überraschend kam, dass man da aus dem Verband austreten und die Tarifbindung aufgeben wollte.

Das haben wir uns nicht gefallen lassen. Wir haben mit den Kolleginnen und Kollegen dort eine Strategie unseres gemeinsamen Vorgehens besprochen haben dann durch viele Verhandlungen und Mobilisierung der Beschäftigten erreichen können, dass wir dort dann doch das Unternehmen davon überzeugen konnten, dass ihr Weg ein falscher ist.

Unsere Argumentation war, dass dieser Kurs der Geschäftsleitung letztendlich dazu führen würde, dass das eigentlich gute Betriebsklima dadurch kaputt ging. Unsere Verhandlungen haben dazu geführt, dass Flammenfilter im Verband geblieben ist und der Tarifvertrag auch weiter gültig blieb.

Im Übrigen ist mir damals sehr stark aufgefallen, dass der niedersächsische Metallarbeitgeberverband in der Phase damit warb, dass es Mitgliedschaften bei ihnen von Unternehmen geben kann, auch wenn sie nicht tarifgebunden sind. Also Mitgliedschaft ohne Tarif.

Eva Stassek: Warum hältst du das für so wichtig?

Detlef Kunkel: Na ja, das ist eigentlich eine uralte Weisheit. Einen Finger kann man brechen. Fünf Finger sind eine Faust, die lässt sich nicht so schnell brechen. Und wenn ich nicht in einem tarifgebundenen Betrieb bin, dann muss jeder Arbeitnehmer allein seine Interessen durchsetzen und dafür sorgen, dass er oder sie einen abgesicherten Vertrag oder eine abgesicherte Zusage für Leistungen oder Regelungen bekommt – für jedes Thema einzeln.

Also insofern, glaube ich, das ist schon eine Binsenweisheit: Ein guter Tarifvertrag, eine Tarifbindung ist einfach auch die Sicherheit für die Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeitsbedingungen. Und deswegen ist es einfach auch wichtig, dass wir diese Position aufrechterhalten und dass wir hier immer wieder für Tarifbindung sorgen.

Momentan ist das ja eines unserer großen Probleme, dass sich die Tarifbindung in den letzten Jahren reduziert hat. Das hängt einmal mit den Verhältnissen zusammen, dass viele Betriebe im Osten unseres Landes, in der ehemaligen DDR, die da auf der grünen Weide gebaut worden sind, nicht tarifgebunden sind. Hier im Westen gibt es Tarifflucht. Oder all die neuen Branchen – wie die IT -Betriebe, verschiedene Industrie-Dienstleister, Entwickler-Unternehmen die erst gar nicht in eine Tarifbindung gekommen sind. Wir müssen schon hart dafür kämpfen und dafür sorgen, dass es wieder mehr Tarifbindung und Tariftreue gibt. Denn das ist unsere Stärke. Wenn wir da weiter absacken würden, würden wir perspektivisch auch sehr stark an Durchsetzungsfähigkeit für die Tarifverträge, für die Arbeits- und vor allem auch Leistungsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen verlieren.

Eva Stassek: Wir konnten ja unsere Tarifverträge, es sind ja Flächentarifverträge in der Regel, immer nur durch die Solidarität mehrerer Betriebe erreichen. Und sobald ein Betrieb aus dem Flächentarif raus geht, passiert genau das, was du gerade gesagt hast. Jeder Beschäftigte muss für sich selber zusehen, wie er vorankommt. Aber es schwächt halt auch die Position der anderen Beschäftigtten – in den anderen Betrieben. Je weniger am gleichen Strang ziehen, desto schwieriger wird das.

Wie war das denn mit der Belegschaft bei Flammenfilter damals? Ging die Mobilisierung problemlos? Ich kann mich erinnern, dass die damals nicht so richtig gut organisiert waren. Haben denn alle von Anfang an mitgezogen oder war das eine größere Debatte, das zu erreichen?

Detlef Kunkel: Es gab eine größere Debatte. Ich weiß jetzt gar nicht mehr so sehr, wie stark sie organisiert waren. Sie waren auf jeden Fall organisiert. Sie standen auch hinter dieser Forderung, haben uns bei den Verhandlungen auch unterstützt. Und wir hatten Michael Cordes als Betriebsratsvorsitzender, der jetzt ja auch ein sehr fleißiger und gut arbeitender Sekretär in der Geschäftsstelle Braunschweig ist. Das ist er ja auch nicht grundlos geworden, sondern weil wir sehr stark während der Zeit dieser Auseinandersetzungen in der Firma Flammenfilter, von seiner Art zu arbeiten und seiner Argumentartionskraft überzeugt waren und ihn deswegen angesprochen haben, Gewerkschaftssekretär zu werden.

Es gab sicherlich auch den einen oder anderen, der die Treue und Loyalität zur Firma im Vordergrund gesehen hat. Aber es war eben nicht die Mehrheit, sondern das waren nur vereinzelt Leute. Aber ich kann mich erinnern, dass das kein leichtes Unterfangen war, aber ein erfolgreicher Einsatz und wir da gute Ausgangsbedingungen hatten, die wir zu einer guten Lösung geführt haben.

Eva Stassek: Also auf jeden Fall hat es in der Folge dazu geführt, dass die Leute sich deutlicher bewusst machten, was ein Tarifvertrag für sie bedeutet und welche positiven Wirkungen der entfaltet. Denn im Anschluss daran waren die Tarifauseinandersetzungen, die regulären die wir sonst in der Tarifrunde gemacht haben, deutlich besser besucht und deutlich besser unterstützt als zuvor.

Detlef Kunkel: Stimmt. Ich erinnere mich auch daran. Schon im Jahr drauf hatten wir die Leute auf dem Hof, als es in die reguläre Tarifauseinandersetzung ging.

Eva Stassek: Da ist die Belegschaft wirklich gewachsen, in dieser Auseinandersetzung. Das passiert halt nicht nur indem man mal ein bisschen reinruft, sondern man muss dann auch in die Argumentation und in die Auseinandersetzung gehen. Ich sehe schon, dass die ganze Belegschaft auch davon profitiert hat. Und dadurch, dass der Arbeitgeber da so auf Konfrontationskurs gegangen ist und ihr die Auseinandersetzung eben dann positiv beenden konntet, haben die Leute auch gemerkt, wir haben ja auch eine Stärke, wenn wir zusammenstehen und wir können damit auch was bewegen. Die Belegschaft zählt auch heute noch zu den Säulen der Tarifbewegung in Braunschweig.

Ein anderes Thema: Du bist ja schon während deiner Stadthagener Zeit, in den Vorstand der IG Metall[7] gewählt worden – als ehrenamtliches Vorstandsmitglied. Das ist ja eine ganz wichtige Funktion und Aufgabe. Kannst du uns über diese Arbeit berichten?

Detlef Kunkel: Ja, ich bin IG Metall-Vorstandsmitglied gewesen. Es heißt ja dann immer ehrenamtliches Vorstandsmitglied, obwohl ich hauptamtlich war. Aber ich war eben kein geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Im Vorstand der IG Metall sind 29 Kolleginnen und Kollegen, und ein Großteil sind Ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus Betrieben.

Einige sind auch Kolleginnen und Kollegen, die in den Verwaltungsstellen Funktionen als Bevollmächtigte haben. Ich bin zu Beginn der 2000 Jahre in den Vorstand gewählt worden, ich meine 2002. Und ich habe immer gesagt: „Ich bin nicht Vorstandsmitglied geworden aufgrund unserer Mächtigkeit durch Größe und hohe Mitgliederzahlen, wir waren 5200 Mitglieder in besten Zeiten in der Geschäftsstelle Stadthagen, das war nicht so viel. Und Gewicht hatte meine Stimme durch das, was uns stark gemacht hat, nämlich unsere Mobilisierungsfähigkeit, die in Stadthagen oft genug auch gezeigt und eingesetzt worden ist“. Ich habe meine Erfahrungen im Vorstand sehr gerne eingebracht und wollte das auch gerne weiter tun.

Braunschweig war eine viel, viel größere Verwaltungsstelle mit Ruf und mit Gewicht.

Erfreulicher Weise konnte ich meine Arbeit im Vorstand auch aus Braunschweig fortsetzen und die hier gemachten Erfahrungen und Positionen einbringen.

Eva Stassek: In Braunschweig bist du natürlich in einer Situation angekommen, in der die Geschäftsstelle beschäftigungspolitisch auf Wachstumskurs war – und das hat sich auch bei der Zahl der Mitglieder bemerkbar gemacht. Da haben wir ja in Braunschweig auch schon lange dran gearbeitet. Durch unsere strukturpolitischen Aktivitäten, die in den 1990ern angeschoben wurden von Udo Klitzke, auch durch günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, durch die Arbeit unserer argumentativ starken Betriebsräte in den VW-Betrieben, bei Siemens, in der Metallindustrie.

Auch durch deine Befähigung Detlef, in den Auseinandersetzungen Menschen zu überzeugen und zu gewinnen, bei uns mitzumachen. Die Mitgliederzahl hat sich auch während deiner Amtszeit positiv weiterentwickelt. Das lag natürlich auch sehr an den Töchtern von Volkswagen. Auch dass die Financial Service blieb und weiter expandierte.

Das hat dir auch Rückhalt im Vorstand gegeben und du konntest auch die ganzen Themen, deine Erfahrung mit diesen Beschäftigtengruppen, mit Arbeitskämpfen, mit Niedergang, aber auch mit Wachstum dort gut einbringen. Das ist ja auch wichtig, davon lebt ja auch ein Vorstand der IG Metall, in dem hauptamtliche gewählte Vorstandsmitglieder drin sitzen – aber eben auch diese Praktiker die vor Ort, den einzelnen Geschäftsstellen oder in Betrieben ihre Arbeit machen.

Ja, und ein ein zweiter Aspekt ist, dass du auch immer einen guten Draht zur Politik hattest. Warum ist das denn notwendig für Gewerkschafter?

Detlef Kunkel: Na ja, ich hatte mich immer bemüht, dass wir Akzeptanz finden, auch innerhalb der Gesellschaft und habe versucht, ein gutes Verhältnis zu Politik zu haben gesprächsfähig zu sein. Das hat meistens auch ganz gut geklappt. Nicht alle mochten mich, aber alle wussten, dass wir als IG Metall einen Stellenwert in den Betrieben und der Gesellschaft haben. Das hat dazu geführt, dass wir meistens offene Türen gefunden haben.

Also ich kann mich erinnern, dass ich ein sehr gutes Verhältnis zu Gerhard Glogowski, dem ehemaligen SPD Ministerpräsidenten von Niedersachsen hatte. Dem Gerd habe ich manchmal gesagt: „Also politisch wären wir wahrscheinlich in der Partei auf unterschiedlichen Wegen.“ Aber ich schätze an ihm sehr, dass er absolut zur gewerkschaftlichen Frage steht und er würde sich nie auf Kosten der IG Metall profilieren wollen. Das unterschied ihn von anderen, die ich auch kennengelernt habe. Wir hatten immer auch einen guten, kurzen Draht in den Konflikten, die wir in den Betrieben hatten, wo wir uns natürlich auch häufig an die Politik gewandt haben. Manchmal war es schwieriger, ihn herzustellen, aber manchmal war es auch sehr, sehr gut und auch hilfreich, wenn man in der Politik einen Verbündeten fand. Ich kann mich allerdings auch erinnern an Situationen, wo es mal nicht geklappt hat, wo sich die Politik von uns füttern lassen hat mit allen Unterlagen, die man eigentlich nicht rausgibt. Die hat man gerne genommen, aber hinterher, wenn es darum ging, entsprechende Gespräche zu führen, dann hat man die Teilnahme

des Gewerkschaftssekretärs oder des Gewerkschaftsvertreters in die Zustimmung des Arbeitgebers gestellt. Und das waren zum Teil wichtige Politiker, die das gemacht haben.

Eva Stassek: Wie hast du denn die Braunschweiger Politiker kennengelernt?

Detlef Kunkel: Also in Braunschweig ist ein sehr, sehr gewerkschafts-offenes Klima. Ich habe insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit Ulrich Markurth gehabt. Ich habe ein sehr gutes Verständnis und gute Unterstützung auch mit dem Wirtschaftsdezernenten Aki Roth gehabt. Also auf der politischen Ebene war Braunschweig ein ganz tolles, gutes Pflaster für mich als Bevollmächtigter der IG Metall. Und ich habe mich diesbezüglich immer unterstützt gesehen.

Eva Stassek: Ja und ich sag mal, die Unterstützung der Politik ist ja doch häufig hilfreich für uns gewesen. Auch als großer VW Standort, sowohl mit dem Land wie auch mit der Stadt, mit vielen Menschen, die auch durch ihr Arbeitsentgelt dann in der Lage sind Steuern bezahlen, von denen Stadt und Land dann ja wieder ihre Ausgaben bestreitet. Und da haben wir ja schon gut zusammengearbeitet. Leider klappt es nicht mit allen Parteien so, aber es gibt in Braunschweig auch eine große sozialdemokratische Tradition, die sich den Arbeitnehmern und uns Gewerkschaften immer sehr verpflichtet gefühlt hat. Auch mit den CDU Vertretern waren wir, zumindest was Beschäftigungssicherung angeht, da auch durchaus auf einer Wellenlänge. Auch wenn das an anderen Themen dann halt doch oft sehr kontrovers war.

Ja Detlef, zum Schluss noch zwei Fragen. Frage eins: Gab es Menschen, die dich geprägt haben in deinem Leben als Gewerkschafter, als politisch denkender Mensch, die besonders herausragen, die dich besonders inspiriert haben, das zu tun, was du dein Leben lang getan hast.

Detlef Kunkel: Ja, natürlich gibt es da Menschen, die mich geprägt haben. Dazu gehören einige Bevollmächtigte. Hermann Kantelhardt zum Beispiel ist ein ehemaliger Bevollmächtigter in Göttingen gewesen. Ein wirklich ganz toller Typ, der politisch sehr aktiv war, der kämpferisch und für mich ein Vorbild war. Mit dem habe ich sehr, sehr gerne gearbeitet. Ein weiterer – das tut mir fast ein bisschen weh, das ist Friedrich Blach, ein ehemaliger Geschäftsführer der IG Bau in Celle der mich sehr gefördert hat. Er ist inzwischen verstorben. Das war noch ein Gewerkschaftssekretär von alter Schule. Wenn der mich abgeholt hat und wir zu Seminaren gefahren sind, dann ist er zu mir nach Hause gekommen, hat nicht im Auto gesessen und gehupt, sondern hat geklingelt. Er hat erst mal meine Eltern begrüßt und hat ihnen Hallo gesagt. Also er war väterlich, nett und gut, aber er hat mich gefördert, weil er wusste, dass ich Menschen ansprechen kann und auch vorangehen kann. Ich habe mit ihm Seminare besucht, in anderen Verwaltungsstellen, wo ich meine eine Art Menschen anzusprechen, wie man Mitglieder wirbt usw. auch vermitteln konnte. Er ist ein ganz wichtiger Kollege für mich gewesen, ohne ihn hätte ich diesen Weg vielleicht gar nicht gehen können.

Wer hat mich noch geprägt: Hasso Düvel ist einer, den ich immer wieder erwähnt habe, auch bei öffentlichen Veranstaltungen. Das ist für mich der Ziehvater zur IG Metall.

Und es gibt einen weiteren Kollegen von der IG Bau. Das ist Wilhelm Otto. Willi Otto war Bezirkssekretär, später dann auch Bezirksleiter. Er war ein guter Kollege. Auch einer, mit dem ich immer gut auskam, der mich unterstützt hat und den ich auch immer sehr geschätzt habe.

Eva Stassek: Ja dann noch die zweite Frage, gab es Ereignisse in deinem deinem politischen Leben, die dich besonders nach vorne gebracht haben, wo du Erkenntnisse hattest?

Detlef Kunkel: Ich habe immer wieder in guter Erinnerung, wie wir als Gewerkschaften in der Lage waren zu mobilisieren, auch für Themen, die nicht unbedingt und offensichtlich mit dem Tarifvertrag zu tun hatten. Zum Beispiel bei der Frage Frieden. Also, wenn ich mich so erinnere an die Demonstrationen, die wir in den 80er Jahren hatten, zum NATO Doppelbeschluss mit vielen 100.000 in Bonn oder im Rahmen einer Menschenkette. Das hat mich doch stark beeindruckt. Das war eine gewerkschaftliche Stärke, auf die wir nach wie vor stolz sein können und wo wir auch immer dafür kämpfen sollten, dass wir dafür sorgen sollten, dass wir uns diese Stärke als Organisation auch erhalten.

Eva Stassek: Allerletzte Frage: Gibt es etwas wie eine Aussage oder eine ein einen Spruch, nach dem du gelebt hast oder nachdem du gearbeitet hast?

Detlef Kunkel: Also ich will das nicht mit großer Übertreibung sagen, aber es ist so, dass ich immer in erster Linie gesagt habe und auch so handle, dass ich Gewerkschafter bin. Das habe ich selbst in Zeiten schon so gedacht und gemacht, als ich noch ganz jung politisch angefangen habe zu arbeiten und Mitglied der SDAJ war. Aber für mich war Gewerkschaft das zentrale Thema und da kann ich mich noch erinnern an meine Aufnahmeprüfung bei der HWP. Man musste dort einen mündlichen Vortrag halten und da hatte ich über Gewerkschaften und Demokratie und die Integration von Gewerkschaften ins politische System der Bundesrepublik gesprochen. Der Prüfer hatte mich mit dem Horkheimer Zitat[8] konfrontiert: „Wer über den Kapitalismus nicht reden will, soll auch über den Faschismus schweigen“, ob ich mir das denn immer noch vorstellen könnte? Und da habe ich dann mit ehrlicher Überzeugung geantwortet: „Nein, das kann ich mir heute nicht mehr vorstellen. Dafür sind die Gewerkschaften viel zu stark, dass sie die Demokratie aufgeben würden.“

Das war für mich ein zentrales Argument. Immer. Das sehe ich nach wie vor so, aber auch dafür müssen wir weiter kämpfen und müssen unsere Position wahren. Ein Punkt dazu ist, dass wir die Tarifbindung erhalten.

Gerade in der heutigen Zeit in der wir in der Politik eine starke Rechtsentwicklung haben, setzen sich Gewerkschaften für Demokratie und klar gegen rechtsextreme Positionen und Entwicklungen ein. Dazu gehört auch die Überwindung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Auseinandersetzung um solidarische Wege und Konzepte in der Gesellschaft müssen wir mit den Menschen weiterhin führen. Eine gute und gerechte Verteilung der Staatsfinanzen ist unabdingbar. Dazu gehört ein solidarisches Gesundheitssystem, soziale Sicherheit, gute Bildung, Chancengleichheit, gute Arbeit, faires Entgelt, gute Rente, Sicherung des Friedens und keine weitere Aufrüstung.

Eva Stassek: Ja, Detlef, vielen Dank für deine Gedanken, die du mit uns geteilt hast. Du bist einer der Menschen, die diese Arbeit wirklich mit Überzeugung gemacht haben, die mit Herzblut Gewerkschafter sind. Und das geht auch ans Gefühl an die Emotion. Vielen Dank, dass du diese vielen intensiven Aktivitäten und Eindrücke aus deinem Leben mit uns geteilt hast. Mit guten Wünschen für deine Gesundheit sage ich jetzt tschüss – bis bald!

ENDNOTEN

1 „Bild hat mitgeschossen“ = Die Studentenbewegung, in den ’60 Jahren war stark politisiert. Sie strebten eine radikale, demokratische, von kapitalistischer Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung freie Veränderung der nach wie vor von konservativen, von nicht aufgearbeiteten Faschismus durchsetzten Strukturen und auch personellen Konstellationen beherrschten Gemeinwesen der BRD an. Auch die „unpolitischen“ Jugendlichen wünschten sich mehr Freiheiten da sie mit Popkultur, emanzipatorischen Bewegungen in anderen Ländern sahen, dass man dem autoritärem Druck ihres Umfeldes entkommen konnte. Das löste in der bis dato Konservativen, autoritären Gesellschaft, in Regierungskreisen(Große Koalition), bei Polizei, den Institutionen auch in den Elternhäusern zum Teil unverhältnismässig brutale Reaktionen aus um das zu stoppen.
Im Focus stand bei ihnen massiv die bürgerliche Presse, die ihre Bewegung versuchte zu stoppen und zu kriminalisieren. Der Axel Springer Verlag betätigte sich dazu in vorderster Reihe. Ein Bezug zur Springerpresse, lässt sich mit dem Anschlag auf die Studenten- Symbolfigur Rudi Dutschke am Gründonnerstag, den 11. April 1968, herstellen. Dutschke wurde in Berlin auf offener Straße von dem Hilfsarbeiter Josef Bachmann niedergeschossen, überlebte den Anschlag jedoch schwer verletzt. Dem Attentat vorangegangen waren mehrfach Artikel der Springerpresse, die gegen die Studenten und Dutschke im Besonderen polemisierte, so forderte unter anderem am 7. Februar 1968 die Bild-Zeitung: „Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!“ Zudem war ein Artikel in der National-Zeitung erschienen mit der Schlagzeile: „Stoppt den roten Rudi jetzt!“ Diese Ausgabe wurde nach dem Attentat bei Bachmann gefunden. Die folgenden Ostertage sahen „Straßenschlachten, wie es sie Westdeutschland seit der Weimarer Republik nicht mehr gekannt hatte“. Unter Parolen wie „Haut dem Springer auf die Finger!“ und „BILD hat mitgeschossen“ kam es zu Demonstrationen, die die Auslieferung der Zeitungen des Springer-Verlags in nahezu allen Großstädten der Bundesrepublik verhindern sollten.

2 HWP = Die Universität entstand aus der im Herbst 1948 gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft mit Sitz in Hamburg. Initiatoren für die Gründung waren Genossenschaftler, Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die 1945 nach den Erfahrungen mit Wissenschaftlern während der Zeit des Nationalsozialismus die Universität demokratisieren und reformieren wollten. An der Universität sollte je ein Lehrstuhl für Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen gegründet und der Führungsnachwuchs der Gewerkschaften und Genossenschaften sollte wie der Nachwuchs für leitende Stellen in der Wirtschaft an der Universität ausgebildet werden. Anfänglich wurden 80 Studierende pro Jahr und Lehrgang ausgebildet. Vorbild für den institutionellen Aufbau und den Lehrplan wurde die 1920 gegründete Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main.
1948, als der Unterricht beginnen sollte, waren durch Marshallplan und Währungsreform die Weichen für die der Marktwirtschaft in West-Deutschland gestellt und die wirtschaftsdemokratischen Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschafter und Sozialdemokraten über einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die demokratische Gemeinwirtschaft – die im Gründungskonzept und im Namen der Institution ihren Niederschlag gefunden hatte – zerschlugen sich. Da der Name nun festgelegt war, wurde er auf den „Wirtschaftssektor“ Gemeinwirtschaft bezogen: die Unternehmungen des Staates und der Gemeinden, die Genossenschaften und genossenschaftlichen Unternehmungen sowie die Gewerkschaften und die gemeinwirtschaftlichen Betriebe. Die Akademie für Gemeinwirtschaft wurde 1961 in Akademie für Wirtschaft und Politik (HWP) umbenannt.

3 Mit dem Kürzel BAföG wird umgangssprachlich die Sozialleistung bezeichnet, die sich aus dem (Berufsausbildungs-Förderungs-)Gesetz ergibt.
Das sogenannte Aufstiegs-BAföG (früher: Meister-BAföG), mit dem die berufliche Aufstiegsfortbildung von Handwerkern und anderen Fachkräften finanziell gefördert wird, ist nicht im Bundesausbildungsförderungsgesetz, sondern im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) geregelt.
Die Hauptziele des BAföG sind die Erhöhung der Chancengleichheit im Bildungswesen sowie eine mittelbare Steigerung der sozialen Mobilität. Als bedarfsgeprüfte staatliche Unterstützung richtet es sich vorrangig an einkommensschwächere Studierende und ermöglicht ihnen den Zugang zu höherer Bildung unabhängig von der finanziellen Situation ihres Elternhauses.

4 wilde Streiks 1969 = Im Herbst 1969 legten in 69 westdeutschen Betrieben rund 150 000 Beschäftigte die Arbeit nieder, Insgesamt verloren die Unternehmen 532 308 Arbeitstage durch Streik. Der spontane Ausdruck des Unwillens unter den Arbeitnehmern traf – kurz vor der Bundestagswahl – die Unternehmer so unvermittelt wie Politiker und Gewerkschaftler. Die ungewohnte Heftigkeit der Aktionen trieb den Industrieverbands-Präsidenten Fritz Berg zu dem Ausbruch, man hätte »ruhig schießen sollen, dann herrscht wenigstens Ordnung«.

IG Metall-Arbeiterführer Otto Brenner geißelte daraufhin Bergs »reaktionäre Gesinnung«.
Hintergrund dieser Streiks war: die Arbeiter wurden – nachdem sie in der Rezession 1967 die Unsicherheit ihrer Effektivverdienste und Arbeitsplätze erkannt hatten – in dem darauffolgenden starken konjunkturellen Aufschwung bis zum Sommer 1969 in einem unverhältnismässigen Ausmaß benachteiligt. Die Gewinne stiegen stark an – die Verdienste der Gewerkschaften gebunden durch lange Laufzeiten der Tarifverträge und die Friedenspflicht nicht oder nur gering.
Vor allem war es das Konzept der »Konzertierten Aktion«, das die Große Koalition zu sichern versprach. Danach sollte von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften gemeinsam die Wirtschaft aus der Rezession in einen neuen Aufschwung geführt werden. Den Arbeitern wurde zwar -- »sozialsymmetrisch« -- eine angemessenere Beteiligung am Zuwachs des Sozialprodukts zugesichert, zunächst aber wurde ihnen -- etwa in Form langfristiger und bescheidener Tarifverträge -- Wohlverhalten abgefordert. Immerhin räumte damit erstmals eine Regierung ein, daß es eine große gesellschaftliche Gruppe gab, die sozial und ökonomisch benachteiligt ist. Die Mitwirkung der SPD in der Regierung verstärkte zudem bei den Arbeitern die Hoffnung, die Versprechungen würden auch in die Tat umgesetzt, Das Versprechen auf »soziale Symmetrie« wurde jedoch nicht eingelöst -- die Große Koalition zerbrach.
Ein „wilder“ Streik, der ohne vorherigen Aufruf durch die Gewerkschaft erfolgt, ist nach geltender, aber umstrittener, deutscher Rechtsauffassung rechtswidrig, da er von keiner tariffähigen Partei geführt wird. Es handelt sich in solch einem Fall um eine bloße Arbeitsverweigerung, gegen die der Arbeitgeber individualrechtlich vorgehen kann (Abmahnung, Kündigung). Allerdings kann nach dem Bundesarbeitsgericht die Gewerkschaft einen solchen Streik nachträglich übernehmen und somit rechtfertigen.

5 Schlichtungsstelle = Die Einigungsstelle ist das gesetzlich vorgesehene Schlichtungsorgan im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), um Konflikte zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat, insbesondere beim Abschluss eines Sozialplans, zu lösen. Während ein Interessenausgleich oft nicht erzwingbar ist, kann der Betriebsrat einen Sozialplan über die Einigungsstelle erzwingen.
Eine tarifliche Schlichtungsstelle im Zusammenhang mit einem Sozialplan ist eine Einrichtung, die an die Stelle der betrieblichen Einigungsstelle tritt, um Konflikte zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat bei Betriebsänderungen zu lösen. Sie ist in Tarifverträgen vorgesehen, um Schlichtungsverfahren auf Tarifebene zu regeln.

6 Wirtschaftsdemokratie = bezeichnet die Ausweitung demokratischer Prinzipien (Partizipation, Mitbestimmung) auf wirtschaftliche Prozesse und Strukturen, um autokratische Entscheidungen von Unternehmen zu ersetzen. Sie zielt auf die Teilhabe von Arbeitnehmern und Gewerkschaften an wirtschaftlichen Entscheidungen ab und umfasst Unternehmen, staatliche Wirtschaftspolitik, Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung.

7 IG Metall-Vorstand = besteht aus der oder dem Ersten und Zweiten Vorsitzenden, der Hauptkassiererin oder dem Hauptkassierer sowie zwei weiteren geschäftsführenden und 29 ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern. Er hat die Aufgabe, die Beschlüsse des Gewerkschaftstages umzusetzen. Zu seinen wichtigen Funktionen gehören auch, Tarifverträge zu kündigen, Tarifabschlüsse zu bestätigen und über Urabstimmung und Streik zu entscheiden.

8 Horkheimer Zitat (1939) = von Max Horkheimer (1895–1973). Deutscher Sozialphilosoph, Direktor des Instituts für Sozialforschung und Herausgeber der Zeitschrift für Sozialforschung. Das Zitat besagt, dass Faschismus keine isolierte Erscheinung, sondern eine direkte Folge oder Steigerungsform kapitalistischer Krisen ist. Ohne Kritik am kapitalistischen System bleibt Faschismusanalye laut Horkheimer oberflächlich.
Horkheimer forderte damit eine Analyse, die über bloße Symptombekämpfung hinausgeht und die ökonomischen Ursachen politischer Gewalt benennt.